

Witterauf, Peter

**Article — Digitized Version**

## Die Wirksamkeit der Beschäftigungspolitik in der weltweiten Depression der 70er Jahre

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Witterauf, Peter (1983) : Die Wirksamkeit der Beschäftigungspolitik in der weltweiten Depression der 70er Jahre, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 7, pp. 352-356

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135821>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Wirksamkeit der Beschäftigungspolitik in der weltweiten Depression der 70er Jahre

Peter Witterauf, München

**Mitte der 70er Jahre kam es in den westlichen Industrieländern zu dem bis dahin schwersten Konjunktur-einbruch, den jedes Land auf seine Weise zu bekämpfen versuchte. Wie wirksam waren die jeweiligen be-schäftigungspolitischen Maßnahmen damals? Welche Lehren sind daraus für die Bekämpfung der gegen-wärtigen Arbeitslosigkeit zu ziehen?**

---

Die derzeitigen Arbeitsmarktprobleme haben eine kontroverse wirtschaftspolitische Diskussion ausgelöst<sup>1</sup>. So werden auf der einen Seite staatliche Nachfrageprogramme, eine expansive Geldpolitik und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst als „Heilmittel“ angeboten. Auf der anderen Seite setzt man auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und auf eine zurückhaltende Lohnpolitik.

Angesichts der verschiedenen beschäftigungspolitischen Konzepte stellt sich aber nicht nur die Frage nach deren theoretischer Plausibilität, sondern vor allem auch nach ihrer Wirksamkeit. Was die empirische Überprüfung betrifft, so läßt sich auf ein reichhaltiges Erfahrungsmaterial zurückgreifen. Bereits in den 70er Jahren war es in den westlichen Industrieländern zu dem bis dahin schwersten Konjunktur-einbruch der Nachkriegszeit gekommen. In seinem Verlauf wurden die verschiedenartigsten Maßnahmen eingesetzt, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Deren Wirksamkeit wird im folgenden näher untersucht<sup>2</sup>, um daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Mitte der 70er Jahre gingen in den westlichen Industrieländern die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts stark zurück und nahmen häufig sogar negative Werte an (vgl. Abb. 1). Die Ursachen dieser Depression liegen in wirtschaftspolitischen Fehlern be-

gründet, die auf die Zeit vor dem Konjunktur-einbruch zurückgehen. So wurde die Inflation jahrelang geduldet, an festen Wechselkursen zu lange festgehalten und der übersteigerte Boom zu spät gedrosselt.

Bei der Bremsung des Booms kam es außerdem in mehreren Ländern zu einer Kollision zwischen der Lohnpolitik der Gewerkschaften und der Konjunkturpolitik, insbesondere der Geldpolitik.

## Expansive Maßnahmen

Die westlichen Industrieländer reagierten auf die im Gefolge dieser Entwicklung entstandene Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre vor allem mit einer expansiven Geld- und Finanzpolitik und verfolgten damit eine keynesianische Beschäftigungspolitik. Tabelle 1 verdeutlicht den „Expansionsgrad“ der Geld- und Finanzpolitik.

Mit Ausnahme von Schweden hatte der Konjunktur-einbruch in allen Ländern zu einem zum Teil starken Anstieg der Arbeitslosenquoten geführt (vgl. Tab. 2). Während sich nach den expansiven Maßnahmen das reale Bruttoinlandsprodukt in allen Staaten ziemlich rasch und dauerhaft erhöhte (vgl. Abb. 1), wies die weitere Entwicklung der Arbeitslosenquoten jedoch starke Unterschiede auf. Es lassen sich dabei drei Ländergruppen unterscheiden:

□ In der ersten Gruppe mit Österreich, Schweden und der Schweiz scheint die Entwicklung der Beschäftigung

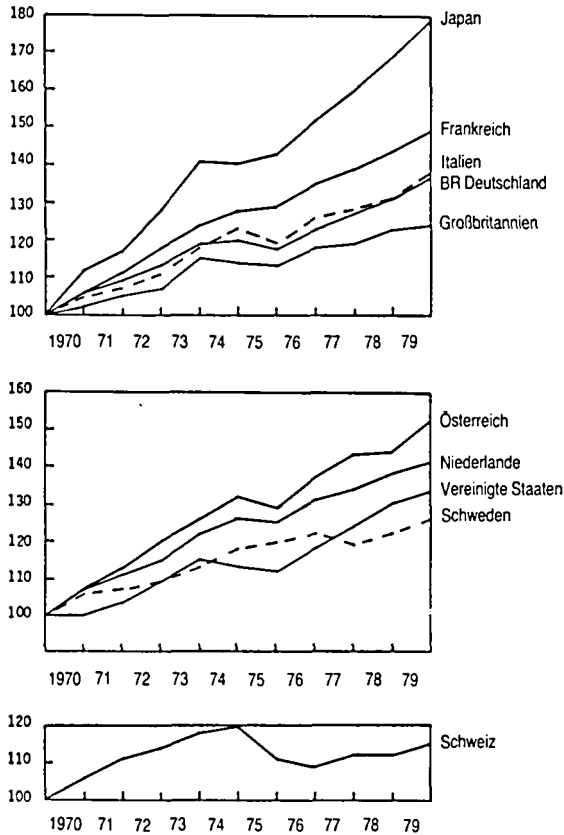
---

*Dr. Peter Witterauf, 29, ist im Referat „Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr in München tätig.*

<sup>1</sup> Vgl. hierzu J. Klaus: Weg aus der Krise: Gestaffelte Beschäftigungsstrategie, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 62. Jg. (1982), H. 12, S. 593 ff.

<sup>2</sup> Zu einer ausführlichen Darstellung und genauen Überprüfung vgl. P. Witterauf: Beschäftigungspolitik heute – Ein internationaler Vergleich der Depressionsbekämpfung in den 70er Jahren, Düsseldorf, Kaarst, Gelsenkirchen 1983.

**Abbildung 1**  
**Verlauf des realen BIP 1970-1979 (1969 = 100)**  
**in zehn Ländern**



Quelle: OECD: National Accounts of OECD Countries 1950-1979, Vol. I, Paris 1981.

**Tabelle 1**  
**„Expansionsgrad“ der Geld- und Finanzpolitik**  
**1974-1977 in zehn Ländern**

Land	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Geldmenge M2 1974-1977 (in %)	Budgetdefizit als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts 1974-1977 (Vierjahresdurchschnitt)
Bundesrepublik Deutschland	10,5	2,3
Frankreich	15,1	1,1
Großbritannien	10,3	5,3
Italien	20,8	13,4
Japan	12,6	4,4
Niederlande	14,7	2,2
Österreich	14,2	3,6
Schweden	8,9	1,9
Schweiz	6,5	0,2
Vereinigte Staaten	8,4	2,9

Quelle: IMF: Government Finance Statistics Yearbook, Vol. IV, Washington, D.C. 1980; IMF: International Financial Statistics Yearbook, Washington, D.C. 1980; OECD: National Accounts of OECD Countries 1950-1979, Vol. I, Paris 1981; eigene Berechnungen.

unabhängig vom Konjunkturverlauf zu sein. In Österreich und Schweden blieb die Arbeitslosenquote während der gesamten 70er Jahre konstant bei etwa 2 %, was als sehr niedrig bezeichnet werden muß. Die Schweiz hatte bis 1974 praktisch keine Arbeitslosigkeit, und danach stieg die Arbeitslosenquote nur auf 0,7 % (1976), was man nach internationalen Standards als Vollbeschäftigung ansehen kann.

□ In der zweiten Gruppe ist die Arbeitslosigkeit 1974/75 zwar angestiegen, danach aber wieder gesunken oder hat sich zumindest nicht weiter erhöht. Zu diesen Ländern gehören die Bundesrepublik Deutschland, Japan, die Niederlande und die Vereinigten Staaten. Die Arbeitslosenquote betrug in der Bundesrepublik im Jahre 1973 1,3 %, 1974 2,6 % und hatte 1975 ihren Höchststand mit 4,7 %. Nach Überwindung der Depression fiel die Arbeitslosenquote bis 1979 auf 3,8 %. Ähnlich verlief die Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Die Arbeitslosenquote stieg von 4,9 % im Jahre 1973 auf 8,5 % 1975 an und sank dann bis 1979 wieder auf 5,8 %. In Japan stieg die Arbeitslosenquote von 1,3 % im Jahre 1973 auf 1,9 % 1975 an und verharrte seitdem bei etwa 2 %. Dieser Stand der Arbeitslosigkeit ist im internationalen Vergleich relativ gering. In den Niederlanden betrug die Arbeitslosenquote im Jahre 1973 2,8 % und erhöhte sich bis 1976 auf 5,3 %; bis 1979 sank sie dann auf 4,8 %.

□ Die dritte Ländergruppe bilden Frankreich, Großbritannien und Italien. In diesen Staaten ist die Arbeitslosenquote nach dem Konjunkturreinbruch 1974/75 weiter angestiegen. In Frankreich stieg die Arbeitslosenquote von 1,8 % im Jahre 1973 auf 3,9 % 1975 und 6,0 % 1979, in Großbritannien von 2,7 % im Jahre 1973 auf 4,1 % 1975 und 6,2 % 1977. In Italien erreichte die Arbeitslosenquote 1979 mit 7,7 % ihren Höchststand.

**Die Bedeutung von Inflationserwartungen**

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, welche Voraussetzungen über die Wirksamkeit einer keynesianischen Beschäftigungspolitik entscheiden. Weiterhin ist von Interesse, warum in einigen Ländern praktisch Vollbeschäftigung herrschte, in anderen dagegen ein gewisser Arbeitslosensockel nicht zu beseitigen war.

Zum einen war in der Depression 1974/75 eine erhebliche strukturelle Arbeitslosigkeit vorhanden, für die eine expansive Geld- und Finanzpolitik nicht das adäquate Mittel ist. Auf der anderen Seite war ein Teil der Arbeitslosigkeit aber auch konjunktureller Art, für den eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage angemessen war.

**Tabelle 2**  
**Arbeitslosenquoten 1970-1979 in zehn Ländern**  
 (in %)

Land	Jahr	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Bundesrepublik											
Deutschland <sup>1</sup>		0,7	0,9	1,1	1,3	2,6	4,7	4,6	4,5	4,3	3,8
Frankreich <sup>1</sup>		1,3	1,6	1,8	1,8	2,3	3,9	4,3	4,9	5,2	6,0
Großbritannien <sup>1</sup>		2,6	3,5	3,8	2,7	2,6	4,1	5,7	6,2	6,1	5,7
Italien <sup>2</sup>		5,4	5,4	6,4	6,4	5,4	5,9	6,7	7,2	7,2	7,7
Japan <sup>2</sup>		1,2	1,2	1,4	1,3	1,4	1,9	2,0	2,0	2,2	2,1
Niederlande <sup>1</sup>		1,1	1,6	2,8	2,8	3,5	5,0	5,3	5,1	5,0	4,8
Österreich <sup>2</sup>		2,4	2,1	1,9	1,6	1,5	2,1	2,0	1,8	2,1	2,0
Schweden <sup>2</sup>		1,5	2,5	2,7	2,5	2,0	1,6	1,6	1,8	2,2	2,1
Schweiz <sup>1</sup>		-	-	-	-	-	0,3	0,7	0,4	0,4	0,3
Vereinigte Staaten <sup>1</sup>		4,9	5,9	5,6	4,9	5,6	8,5	7,7	7,1	6,0	5,8

<sup>1</sup> In % der zivilen Erwerbsbevölkerung.

<sup>2</sup> In % der Gesamterwerbsbevölkerung.

- Statistisch nicht erfaßbar.

Quelle: OECD: Main Economic Indicators, Historical Statistics 1960-1979, Paris 1980; ILO: Yearbook of Labour Statistics, Genf 1980.

Die in einigen Ländern betriebene Inflationspolitik konnte die Beschäftigung jedoch langfristig nicht erhöhen. Vielmehr schlugen sich die steigenden Inflationserwartungen auch in den Zinsen nieder, was eine Politik der Zinssenkung der Notenbank und damit eine Anregung der zinsabhängigen Investitionen erschwerte. In den meisten Fällen stieg mit der zunehmenden Inflation auch die Arbeitslosigkeit. Es bestand kein stabiler Trade-off zwischen diesen beiden Größen<sup>3</sup>. Im internatio-

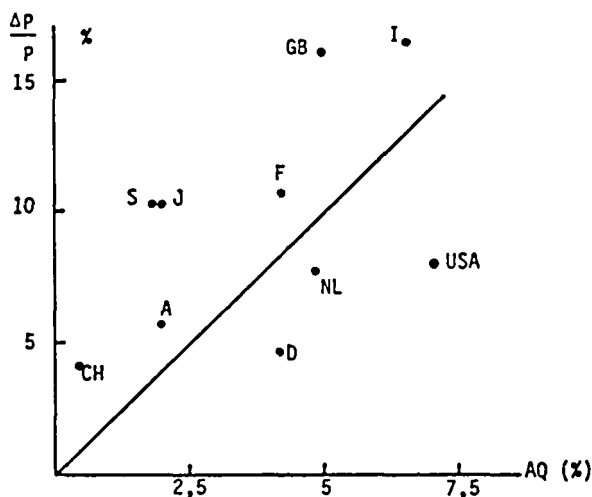
nen Querschnitt zeigte sich sogar ein positiver Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit: Für 18 OECD-Länder ergibt sich für die Periode 1970-1979 ein Korrelationskoeffizient von  $r = + 0,64$  ( $r^2 = 0,41$ )<sup>4</sup>. Abbildung 2 steht im Einklang mit der These, daß eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik gleichzeitig die Beschäftigung sichern kann.

### Die Rolle der Lohnpolitik

Die Tarifpartner entscheiden mit ihren Lohnabschlüssen über die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze und die Beschäftigung. Die Lohnsteigerungen waren damals in den meisten Ländern zu hoch, um einen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungssituation leisten zu können. Wie das Beispiel Großbritannien zeigt, blieb auch der staatlichen Einkommenspolitik der Erfolg versagt. Die Löhne stiegen nämlich immer stärker, als es nach den Vorgaben der staatlichen Einkommenspolitik der Fall sein sollte<sup>5</sup>.

Die These, daß eine expansive Lohnpolitik die Beschäftigung erhöht (Kaufkrafttheorie des Lohnes), ist durch den empirischen Befund widerlegt worden. Ziel der expansiven Lohnpolitik ist es, die Konsumausgaben zu erhöhen, und zwar real, damit sich ein Beschäftigungseffekt einstellt. In Großbritannien etwa war jedoch die mit Abstand stärkste Lohnerhöhung der 70er Jahre mit 26,6 % im Jahre 1975 mit einer Abnahme der realen

**Abbildung 2**  
**Inflation und Arbeitslosigkeit 1974-1978**  
 in zehn Ländern



$\frac{\Delta P}{P}$ : Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Konsumentenpreisindex 1974-1978

AQ: Durchschnittliche jährliche Arbeitslosenquote 1974-1978

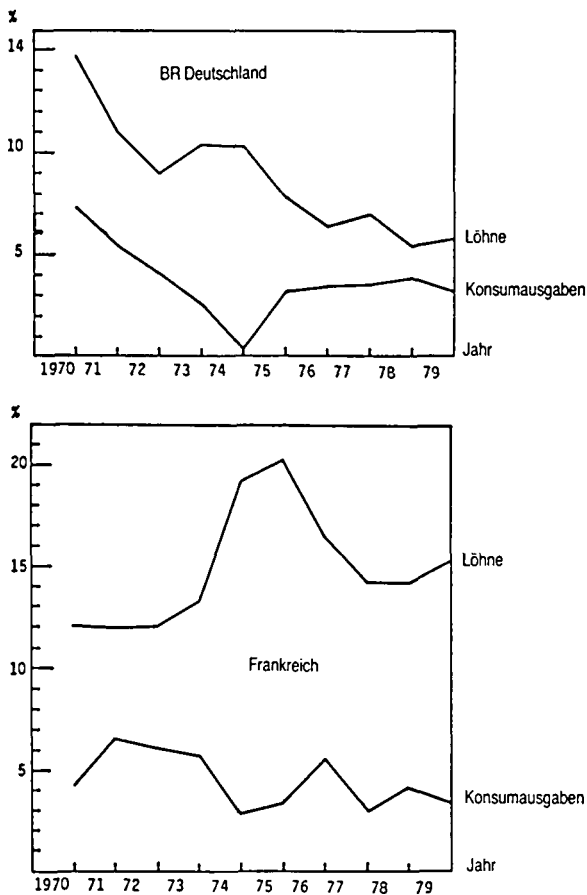
Quelle: Tabelle 2 und IMF: International Financial Statistics Yearbook, Washington, D. C. 1980; eigene Berechnungen.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu P. McCracken u. a.: Towards Full Employment and Price Stability, OECD, Paris 1977, S. 104 ff.

<sup>4</sup> Das Signifikanzniveau beträgt 99,5 %.

<sup>5</sup> Einen Überblick über die Einkommenspolitik in Großbritannien gibt P. J. Dawkins: Incomes Policy, in: P. Mander (Hrsg.): The British Economy in the 1970s, London 1980, S. 61 ff.

**Abbildung 3**  
**Jährliche Wachstumsraten der Löhne und der**  
**realen privaten Konsumausgaben 1970-1979**



Quelle: OECD: National Accounts of OECD Countries 1950-1979, Vol. I, Paris 1981; IMF: International Financial Statistics Yearbook, Washington, D. C. 1980; eigene Berechnungen.

privaten Konsumausgaben um 0,8 % verbunden, was das zweit schlechteste Ergebnis der 70er Jahre war. In Italien nahmen im Jahre 1975 die Löhne um 28 % zu, was in keinem anderen Jahr in der Zeit von 1970 bis 1979 erreicht wurde. Gleichzeitig war 1975 das einzige Jahr, in dem der private Konsum real abnahm, und zwar um 1,6 %. Auch Japan hatte 1974 mit 24,8 % die mit Abstand stärkste Zunahme der Löhne und gleichzeitig die geringste Wachstumsrate des privaten realen Konsums (0,8 %) in den 70er Jahren<sup>6</sup>. In anderen Ländern

<sup>6</sup> Die Zahlen wurden errechnet aus OECD: National Accounts of OECD Countries 1950-1979, Vol. I, Paris 1981; und IMF: International Financial Statistics Yearbook, Washington, D.C. 1980.

<sup>7</sup> Eine Ausnahme bildet Japan in den Jahren 1974 und 1975. Vgl. OECD: Main Economic Indicators, Historical Statistics 1960-1979, Paris 1980; und OECD: Economic Surveys: Switzerland, Oktober 1980, S. 60.

<sup>8</sup> Einzelne Beispiele finden sich in OECD: Unemployment Compensation and Related Employment Policy Measures, Paris 1979.

verlief die Entwicklung ähnlich. Abbildung 3 veranschaulicht den Verlauf in der Bundesrepublik und in Frankreich. Es muß daher der Schluß gezogen werden, daß es einer expansiven Lohnpolitik nicht gelingt, den realen Konsum zu erhöhen.

### Einfluß der Währungspolitik

Eine Wechselkursabwertung als Mittel der Beschäftigungspolitik kann zwar, wie sich insbesondere anhand der Beispiele Großbritannien und Italien zeigte, positive Beschäftigungseffekte erzielen, jedoch hat sie auch negative Begleiterscheinungen, die die Beschäftigungswirkungen wieder in Frage stellen. Hier ist insbesondere das Element der Inflationsverstärkung zu nennen. Eine Hartwährungspolitik, die bewußt eine Aufwertung der eigenen Währung herbeiführt, kann dagegen unerwünschte Preisniveauerhöhungen vermeiden helfen, die oft mit einer keynesianischen Beschäftigungspolitik verbunden sind. Diese Strategie wurde erfolgreich in Österreich angewandt.

Vom System der flexiblen Wechselkurse gingen bei gleichgerichteter Konjunkturlage in den westlichen Industrieländern 1974/75 kaum Beschäftigungsimpulse aus. Von einer Behinderung der Beschäftigungspolitik durch die flexiblen Wechselkurse kann man jedoch nicht sprechen. Da es in einigen Ländern (Bundesrepublik, Japan und der Schweiz) zu einer Aufwertung der Währung kam, hätte hierdurch eine Tendenz zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz mit konjunkturdämpfender Wirkung erwartet werden können. Allerdings hatten gerade diese drei Aufwertungsländer in der Regel Leistungsbilanzüberschüsse, wenn man etwa den Zeitraum 1974-1978 betrachtet<sup>7</sup>. Teilweise stiegen die Leistungsbilanzüberschüsse trotz Aufwertung.

### Gezielte Maßnahmen

Von den meisten Ländern wurden in der Depression 1974/75 und danach auch direkte Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigung durchgeführt, die eine sofortige Verbesserung der Beschäftigungslage erreichen sollten. Ein erstes Mittel hierzu war eine staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich staatliche Subventionszahlungen an Unternehmen, wenn Arbeitsplätze gefährdet waren<sup>8</sup>.

In Schweden waren im Jahre 1976 über 125 000 Personen (3 % der Gesamtzahl der Erwerbstätigen) aufgrund direkter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beschäftigt<sup>9</sup>. Rechnet man diese Zahl in die Arbeitslosen-

<sup>9</sup> Vgl. R. Meidner: Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Schweden, deren gegenwärtiger Stand und ihre Perspektiven für die nächsten Jahre, in: WSI-Mitteilungen, 5/1977, S. 288.

quote ein, dann erhöht sich diese von 1,6 % auf 4,6 %. Es ist also durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gelungen, die amtliche Arbeitslosenquote in Schweden beträchtlich zu verringern. Als Nachteil dieser Arbeitsbeschaffungspolitik erwies sich aber vor allem, daß der notwendige Strukturwandel blockiert wurde.

Eine weitere Maßnahme zur Verringerung der Arbeitslosigkeit waren Neueinstellungen des Staates. Frankreich, Österreich und Schweden wählten diesen Weg, während in der Bundesrepublik die Einstellungspolitik des Staates eher prozyklisch gehandhabt wurde. Wenn eine expansive staatliche Personalpolitik die privaten Investitionen beeinträchtigt, hat sie aber auch restriktive Beschäftigungseffekte zur Folge.

Die Anwendung von Investitionsfonds hat in Schweden geringe positive Beschäftigungseffekte gezeigt. Sie brachte aber ordnungspolitische Probleme mit sich, die die positive Wirkung auf die Beschäftigung längerfristig wieder kompensieren können. So wurde allzuoft der Strukturwandel gehemmt und die Strukturerrhaltung begünstigt<sup>10</sup>.

Ein Export von Arbeitslosigkeit durch Abbau der Zahl der Gastarbeiter wurde hauptsächlich in der Schweiz praktiziert. Dieses Mittel war sehr wirkungsvoll. Der Schweiz gelang es, ihre Gastarbeiterzahl von 861 000 im Jahre 1973 auf 492 800 im Jahre 1977 zu verringern. Diese Abnahme um 368 200 Personen entspricht einem Anteil von 12,6 % an den zivilen Beschäftigten im Jahre 1977. Wenn man diesen Gastarbeiterrückgang zu den Arbeitslosen addiert, erhält man für das Jahr 1977 eine Arbeitslosenquote von 13 %. Das verdeutlicht, welche wichtige beschäftigungspolitische Rolle der Gastarbeiterabbau für die Schweiz spielte. Allerdings wurden hierdurch die Arbeitsmärkte der Heimatländer der Gastarbeiter belastet.

### **Institutionelle Faktoren**

In einzelnen Ländern waren Faktoren vorhanden, die die Beschäftigungspolitik hemmten. Als erstes ist hier die Mindestlohngesetzgebung Frankreichs, der Niederlande und der Vereinigten Staaten zu nennen. Diese Mindestlohngesetzgebung führte zu einem Angebotsüberhang an Arbeitskräften. Doch auch die Tariflohnpolitik förderte durch verteilungspolitische Erwägungen, durch regionale Nivellierungen und durch ein vermindertes sektorales Lohngefälle die Arbeitslosigkeit. Ebenso trugen die verschärften Kündigungsschutzbe-

stimmungen zu Beschäftigungsproblemen bei. Eine Lohnindexierung kann, wie sich insbesondere in Italien gezeigt hat, ebenfalls negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben.

Auch ordnungspolitische Aspekte waren für die Wirksamkeit der Beschäftigungspolitik in der weltweiten Depression der 70er Jahre von Bedeutung. Eine Wirtschaftspolitik, die dem privaten Sektor Priorität einräumt, verspricht mehr Erfolg als ein verstärkter staatlicher Interventionismus.

Schließlich bestehen zwischen dem Gewerkschaftssystem eines Landes und dem Ziel der Vollbeschäftigung enge Beziehungen. Wenn die Gewerkschaften eines Landes bereit sind, einen sozialen Konsensus einzugehen, ist das für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Vorteil.

### **Schlußfolgerungen**

Die wirtschaftliche Konstellation der jetzigen Beschäftigungskrise ist der in den 70er Jahren ähnlich. So sind wiederum strukturelle Probleme vorherrschend, und auch die Inflationserwartungen sind keineswegs abgebaut. Der wirtschaftspolitische Spielraum ist angesichts der hohen Haushaltsdefizite noch enger geworden. Daher sollten bei der Durchführung beschäftigungspolitischer Maßnahmen unbedingt die Erfahrungen der 70er Jahre berücksichtigt werden.

Dem Staat kommt die Aufgabe zu, Anreize zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Eine überwiegend an der Nachfrageseite ansetzende diskretionäre Wirtschaftspolitik sollte durch eine längerfristige Konzeption ersetzt werden, die zum einen die Bedeutung der Angebotsseite berücksichtigt, zum anderen aber auch mehr Stetigkeit und Vorhersehbarkeit anstrebt.

Die Tarifpartner haben sich an dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes zu orientieren. Ihre Entscheidung über die Lohnhöhe bestimmt gleichzeitig die Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine Vollbeschäftigungsgarantie des Staates ist zwecklos, weil er sie nicht einlösen kann, wenn die Tarifpartner ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung nicht gerecht werden.

Im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen „Bumerangeffekte“ vermieden werden. Das bedeutet, daß auf solche Maßnahmen verzichtet werden muß, die vordergründig den Arbeitnehmern einen Vorteil bieten, aber letztendlich zu ihren Lasten gehen, wenn sie dadurch arbeitslos werden. Zu denken ist hier etwa an überzogene Kündigungsschutzbestimmungen, Mindestlöhne und Lohnnivellierungstendenzen.

---

<sup>10</sup> Vgl. hierzu H. Hagemann, T. Schewe: Keynesianische Politik in der Wachstumskrise: Das Beispiel Schweden, in: Konjunkturpolitik, 28. Jg. (1982), S. 1 ff.